

An die Mitglieder des
Gesundheitsausschusses

Per E-Mail

Präsidentin der Deutschen Gesellschaft
für Psychologie e.V.
Prof. Dr. Eva-Lotta Brakemeier
Marienstr. 30
10117 Berlin
E-Mail: praesidentin@dgps.de
Amtsgericht Berlin
VR 35794 B

Berlin, 8.7.2026

Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Psychologie (DGPs) zu Änderungen im GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz

Weitere geplante Änderungen im GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz (BStabG) gefährden eine evidenzbasierte psychotherapeutische Versorgung, die Ausbildung zukünftiger Psychotherapeutinnen sowie Psychotherapeuten und damit eine zentrale Säule der wissenschaftlichen Psychologie. Angesichts zunehmender psychischer Belastungen in Zeiten multipler Krisen braucht es eine Stärkung psychischer Gesundheit – nicht den Abbau bewährter Versorgungsstrukturen. Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) appelliert daher, wissenschaftlich fundierte Psychotherapie langfristig zu sichern und verlässliche Perspektiven für Patientinnen und Patienten, psychotherapeutische Versorgung und die nächste Generation von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zu schaffen.

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs) betrachtet die kurzfristig eingebrachten Änderungsanträge zum GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz mit großer Sorge. Die neue geplante Streichung gesetzlicher Regelungen zur Sicherstellung einer angemessenen Vergütung psychotherapeutischer Leistungen ist aus Sicht der wissenschaftlichen Psychologie kein rein vergütungsrechtlicher Eingriff, sondern gefährdet langfristig die Qualität, Stabilität und Zukunftsfähigkeit der psychotherapeutischen Versorgung in Deutschland.

Die geplanten Änderungen gefährden dabei nicht nur die psychotherapeutische Versorgung, sondern reichen weit darüber hinaus: Sie werden die Zukunft der Psychologie als Wissenschafts- und Anwendungsfach betreffen. Psychotherapeutische Versorgung, Forschung und Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses sind untrennbar miteinander verbunden. Werden Versorgungsstrukturen geschwächt, geraten auch jene wissenschaftlichen und praktischen Lernorte unter Druck, an denen neue Erkenntnisse entstehen, innovative Behandlungskonzepte entwickelt und zukünftige Generationen von Psychologinnen und Psychologen qualifiziert werden.

Gerade in einer Zeit multipler gesellschaftlicher Krisen – geprägt durch zunehmende psychische Belastungen, demografische Veränderungen, digitale Transformation und globale Unsicherheiten – braucht es eine starke Psychologie, die wissenschaftlich fundierte Antworten entwickelt und in die Gesellschaft trägt.

Psychische Erkrankungen gehören zu den größten gesundheitlichen Herausforderungen unserer Zeit. Wissenschaftlich fundierte Psychotherapie ist eine wirksame Behandlung, die Leid reduziert,

gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht und langfristige Folgekosten für das Gesundheits- und Sozialsystem verringern kann. Gerade angesichts steigender psychischer Belastungen und weiterhin bestehender Versorgungsengpässe braucht es eine Stärkung – nicht Schwächung – psychotherapeutischer Angebote.

Die vorgesehenen Änderungen drohen jedoch, bestehende Versorgungsstrukturen erheblich zu destabilisieren. Psychotherapie unterscheidet sich von vielen anderen medizinischen Leistungen dadurch, dass sie wesentlich zeitgebunden ist: Qualität entsteht durch qualifizierte therapeutische Arbeit, Beziehungsgestaltung und evidenzbasierte Interventionen im direkten Kontakt mit Patientinnen und Patienten. Die bisherige gesetzliche Berücksichtigung dieser Besonderheiten ist daher eine Voraussetzung für eine angemessene und qualitativ hochwertige Versorgung.

Aus Sicht der DGPs sind darüber hinaus die Auswirkungen auf die Zukunft der Psychologie besonders besorgniserregend. Deutschland hat mit der Reform des Psychotherapeutengesetzes einen anspruchsvollen akademischen Qualifizierungsweg geschaffen, der wissenschaftlich fundierte Expertise in der Versorgung sicherstellt. Eine strukturelle Schwächung der beruflichen Perspektiven gefährdet die Gewinnung dringend benötigter zukünftiger Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten und damit die qualitativ hochwertige Versorgungssicherheit.

Die DGPs appelliert daher eindringlich an die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger, die vorgesehenen Änderungen zurückzunehmen und stattdessen gemeinsam mit Wissenschaft, Versorgung und Berufsvertretungen nachhaltige Lösungen für eine zukunftsfähige psychotherapeutische Versorgung zu entwickeln.

Über die DGPs:

Die Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs e.V.) ist eine Vereinigung der in Forschung und Lehre tätigen Psychologinnen und Psychologen. Die rund 6000 Mitglieder erforschen das Erleben und Verhalten des Menschen. Sie publizieren, lehren und beziehen Stellung in der Welt der Universitäten, in der Forschung, der Politik und im Alltag. Die Pressestelle der DGPs informiert die Öffentlichkeit über Beiträge der Psychologie zu gesellschaftlich relevanten Themen. Darüber hinaus stellt die DGPs eine Expertendatenbank für unterschiedliche Fragestellungen zur Verfügung. Weitere Infos: www.dgps.de